

Einigung in Sicht

Im zähen Feilschen zwischen Bonn und Moskau um die Einbeziehung West-Berlins in drei deutsch-sowjetische Abkommen zeichnet sich nach dem Besuch von Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der vergangenen Woche in Moskau ein erstes Teilergebnis ab. Nach den Konsultationen mit Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko gewann der AA-Chef den Eindruck, die Vereinbarung über den Rechtshilfeverkehr könne spätestens im Frühjahr unterschriftsreif sein. Ein verwirrendes Geflecht von gemeinsamen und einseitigen Erklärungen soll künftig den Amtsverkehr zwischen den Justizbehörden der beiden Länder regeln. Zuletzt ging es nur noch um den Text einer Überschrift für eine sowjetische Deklaration. Nach einigem Zögern akzeptierte Bonn den Moskauer Formulierungsvorschlag und bahnte damit einen Konsens an. Bei den Abkommen über Kulturaustausch und technisch-

wissenschaftliche Kooperation, wo sich Genscher zu keinem Zugeständnis in der Lage sah, kamen sich Deutsche und Russen freilich kaum näher.

Bonner Zensur

Die Bundesregierung kuscht vor den empfindlichen Chinesen in Peking. Mit Schreiben vom 29. Oktober 1975 lehnte das Auswärtige Amt zum zweiten Mal einen Antrag der Salzburger Konzertdirektion Schlote auf Visa-Erteilung für das über 50köpfige Ensemble der Chinesischen Nationaloper aus Taiwan ab, um nicht mit dem Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik China in Konflikt zu geraten. Bonn, das nur zu Peking, nicht aber zu Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält, fürchtet, ein Gastspiel der staatlich unterstützten Oper aus der Inselrepublik, die von den chinesischen Kommunisten als Teil ihres Territoriums beansprucht wird, könne zu unerwünschten Reaktionen Pekings führen.

Gefährliches Gedränge

Der Beinahe-Zusammenstoß zwischen einer Lufthansa-Boeing und zwei Bundeswehr-Kampfflugzeugen am 30. Oktober über Würzburg wird wahrscheinlich nie aufgeklärt, weil das nur 30 Minuten laufende Endlos-Tonband, das die Cockpit-Gespräche vor und während des dramatischen Sturzfluges der mit 95 Passagieren besetzten Boeing aufzeichnete, nach der Landung in Hannover schon wieder überspielt war. Gleichwohl hat das Verteidigungsministerium, das den beiden beteiligten Luftwaffenpiloten inzwischen Flugverbot erteilte, aus dem Zwischenfall erste Konsequenzen gezogen: Seit vergangener Woche sind für Bundeswehripiloten Sichtflüge über 3000 Meter untersagt. Auf diese Weise verringert sich zwar die Gefahr von Zusammenstößen mit Linien-Maschinen, für die 11 000 Sport- und Segelflieger aber wird das Gedränge nunmehr kriminell. Denn mit der neuen Anordnung verdoppelt

Kreisky: „Die Juden - ein mieses Volk“

Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky läßt neuerdings kaum eine Gelegenheit aus, um durch Zornesausbrüche an seinem Bild als souveräner Staatsmann zu kratzen. Anlaß dazu geben ihm die Anschuldigungen des Nazi-Jägers Simon Wiesenthal gegen den Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs, Friedrich Peter, der 1942 der berüchtigten 1. SS-Infanteriebrigade angehörte — und der Vizekanzler geworden wäre, wenn Kreiskys Sozialistische Partei bei den Wahlen Anfang Oktober die absolute Mehrheit verfehlt hätte (SPIEGEL 42/1975).

Kreisky — selbst jüdischer Abstammung und während der NS-Zeit im schwedischen Exil — machte aus dem Fall Peter einen Fall Wiesenthal und indirekt einen Fall Israel. Dem Judenstaat sagt er „freche Anmaßung“ und einen „mysteriösen Rassismus“ nach. Kreisky: Es sei wissenschaftlich erwiesen, daß es kein jüdisches Volk gebe, vielmehr „Religionsgemeinschaft“, die „zu einer Schicksalsgemeinschaft wurde“. Er selbst fühle sich nicht zu irgendeiner „besonderen Loyalität“ gegenüber Israel verpflichtet. Im übrigen kämen er und Wiesenthal „aus ganz anderen Kulturkreisen“.

Dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien wirft der Kanzler vor, er arbeite mit den „Methoden einer Mafia“ und schädige den Ruf Österreichs. Kreisky: „Der Mann muß verschwinden.“

Auf die Frage des israelischen Rundfunk- und Zeitungskorrespondenten Zeev Barth: „Was, bitte schön, haben Sie verstanden unter Mafia?“ donnerte Kreisky: „Sagen Sie einmal, Herr Redakteur, kommen Sie zu mir, und wollen Sie vom Bundeskanzler der Republik Auskünfte haben, oder wollen Sie mit mir ein Verhör machen? Wenn Sie mit mir ein Verhör machen wollen, dann streiche ich gleich alles. Die Juden nehmen sich so furchtbar viel mir gegenüber heraus, und das erlaube ich nicht. Würden Sie den Mut haben, den französischen Ministerpräsidenten so zu fragen? Das ist eine unerhörte Frechheit, ich schmeiße Sie am liebsten gleich hinaus. Weshalb muß ich Ihnen eigentlich da Rede und Antwort stehen? ... Jetzt habe ich genug. Ich bin nicht dazu da, vor der jüdischen, der israelischen Öffentlichkeit mich wie ein Angeklagter zu verantworten ...“

Erst auf Bitten des Kreisky-Pressesekretärs Johannes Kunz („Der Herr Bundeskanzler ist überarbei-



Bundeskanzler Kreisky

tet“) strich Barth diesen Wutausbruch aus dem Interview. Er teilte den israelischen Hörern allerdings mit, wie sein Gespräch endete. Barth: „Als ich das Büro des Bundeskanzlers eben verlassen wollte, zog mich der Kanzler auf einen Moment zurück und sagte mir, witzig sein wollend: ‚Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.‘“